

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4889

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4889



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Kurzargumentarium

Der geplante Autobahn-Ausbau ist übertrieben, überholt und überteuert. Bestehende Verkehrsprobleme würden nicht gelöst: Erfahrungen aus der Vergangenheit und die Verkehrsforschung zeigen, dass Ausbauten zusätzlichen Verkehr verursachen und zu weiteren Staus, mehr Luftverschmutzung, Lärm und steigenden CO₂-Emissionen führen. Jetzt ist eine zukunftsfähige Verkehrsplanung mit Augenmass gefragt. Eine Allianz aus rund 50 Organisationen, Verbänden und Parteien engagiert sich gegen den Autobahn-Ausbau.

Der Autobahn-Ausbau bringt mehr Verkehr und gefährdet die Lebensqualität

Der Ausbau von Strassen führt nur kurzzeitig zu einer Entlastung. Mittelfristig wird ein Verkehrswachstum bewirkt. Dadurch entstehen nach wenigen Jahren neue Staus.

Mehr Verkehr bedeutet auch mehr Lärm. Bereits heute leiden rund eine Million Menschen in der Schweiz unter Lärm über den Grenzwerten, welcher gesundheitsschädigend wirkt. Sind noch mehr Menschen von übermässigem Lärm betroffen, steigen die Kosten für die Allgemeinheit: Sei es wegen steigender Ausgaben für das Gesundheitswesen oder wegen Kosten für Lärmsanierungen.

Mit dem Ausbau der Autobahnen nimmt auch der Ausstoss von Abgasen zu. Der Strassenverkehr ist jedoch schon heute der grösste CO₂-Verursacher der Schweiz. Bereits beim Bau von Autobahnen fallen aufgrund der grossen Mengen an Beton und Stahl enorme CO₂-Emissionen an.

Sowohl Studien als auch die Erfahrung belegen deutlich, dass weniger Lärm und Emissionen die Lebensqualität der Menschen verbessern. Dort wo hingegen die Verkehrsbelastung steigt, und die Grenzwerte überschritten werden, sinkt das Wohlbefinden deutlich und die Menschen werden krank. Zudem überfordert das überbordende Wachstum die Schweiz und deren Ressourcen.

Durch den Autobahn-Ausbau gehen grosse Flächen Natur- und Landwirtschaftsland verloren

Mit den Autobahn-Projekten würden über 400 000 m² Landwirtschafts- und Grünflächen verloren gehen – grosse Teile davon sind heute wertvolle Fruchtfolgeflächen und Wälder. Während der jeweiligen Bauphasen würde der Landverschleiss noch erheblich grösser ausfallen.

Hinzu kommt, dass mehr Autobahn-Kapazitäten die weitere Zersiedelung fördern. Neue Überbauungen auf der grünen Wiese müssen zusätzlich erschlossen werden; der Autobahn-Ausbau macht so auch mehr Kantons- und Gemeindestrassen nötig. Die Asphaltierung der Schweiz wird weiter vorangetrieben.

Der Autobahn-Ausbau verschärft die Klimakrise

Der Verkehr ist Ursache für rund ein Drittel der inländischen Treibhausgas-Emissionen. Fast zwei Drittel des verkehrsbedingten CO₂ werden von Personenwagen verursacht. Der Strassenausbau untergräbt die Ziele des Klimaschutzgesetzes und steht im Widerspruch zur Notwendigkeit, die Treibhausgas-Emissionen der Schweiz auf netto null zu senken.

Bei diesem Reduktionsziel wird die Elektrifizierung des Strassenverkehrs einen wichtigen Beitrag leisten. Einzig auf die Elektromobilität zu setzen, reicht jedoch nicht aus: Deren Umweltbelastung ist nach wie vor deutlich höher als diejenige des öffentlichen Verkehrs oder der Mobilität per Velo und E-Bike.

Um die Treibhausgas-Emissionen des Verkehrs zu vermindern, ist darum auch eine Reduktion der Fahrleistung im Strassenverkehr anzustreben. Der geplante Ausbau der Autobahnen widerspricht diesem Ziel diametral.

Der Autobahn-Ausbau ist überteuert

Für den Autobahn-Ausbau sollen 5,3 Milliarden Franken ausgegeben werden. Dieser Budgetposten ist komplett überrissen und das Geld fliesst einseitig und ausschliesslich in den Autoverkehr. Hinzu kommen später Hunderte Millionen für Unterhalts- und Instandhaltungsarbeiten. Besonders angesichts der Klimakrise ist diese Politik unhaltbar.

Mehr als die Hälfte des Geldes fliesst zudem in die urbanen und finanzstarken Kantone Genf und Basel-Stadt und führt dort zu noch mehr Strassenverkehr.

Der Autobahn-Ausbau führt zu Verkehrsbehinderungen über Jahrzehnte

Der Autobahn-Ausbau würde in jahrelangen Baustellen münden – beim Bau von Tunnels geht es gar um Jahrzehnte. Während dieser Zeit wird der Verkehr auf den betroffenen Autobahn-Teilstücken stark behindert und verlangsamt. Es entstehen neue Engpässe und in der Folge Staus – der Verkehr wird während der Bauphase auf Kantons- und Gemeindestrassen ausweichen.

Die vorliegenden sechs Projekte sind erst der Anfang

In den nächsten Jahrzehnten will der Bund über 35 Milliarden Franken in die Strasseninfrastruktur investieren. Dazu kommen weitere Strassenbauprojekte von Kantonen und Gemeinden. Die Gelder, welche für den öffentlichen Verkehr (ÖV) eingeplant sind, fallen deutlich bescheidener aus. Die Schweiz investiert also am meisten Geld in die umweltschädlichsten und am wenigsten in die effizientesten und umweltschonendsten Verkehrsmittel.

Doch bereits jetzt ist klar, wo es verkehrspolitisch lang geht: Kaum haben die eidgenössischen Räte den Autobahn-Ausbau beschlossen, steht bereits das nächste Projekt im Raum: Der durchgehende Sechs-Spur-Ausbau der A1 quer durch die Schweiz. Auch diesem haben National- und Ständerat bereits zugestimmt und aufgezeigt, dass der Autobahn-Ausbau ein Fass ohne Boden ist.

Auch Betroffene wollen keinen Autobahn-Ausbau

Die Ausbauprojekte werden von der lokalen Bevölkerung und teilweise auch von den kommunalen Behörden abgelehnt. Viele direkt tangierten Gemeinden sind gegen den Ausbau, weil sie erkannt haben, dass ihre Dörfer vom zusätzlichen Verkehr überrollt werden.

Darum: am 24. November ein deutliches NEIN zum masslosen Autobahn-Ausbau.